

Koalitionsvertrag: Türkei in die EU



Trotz des kurzen Geplänkels vom CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, ein klares NEIN zum EU-Beitritt der Türkei in den Koalitionsvertrag festschreiben zu wollen, kam es erwartungsgemäß anders. Die künftige schwarz-gelbe Bundesregierung möchte die Anbindung der Türkei an die Europäische Union.

Die „Bürger in Wut“ berichten:

In den gerade beendeten Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP wurde kurzzeitig auch über das Thema EU-Beitritt der Türkei gestritten. CSU-Chef Seehofer hatte lautstark gefordert, das neue schwarz-gelbe Bündnis müsse in seiner Regierungsvereinbarung ein klares Nein zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union festschreiben. CDU und FDP waren dagegen. Am Samstag ist der Koalitionsvertrag nun der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Zum Thema Türkei heißt es auf Seite 109 des Papiers:

„Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zur Türkei und an einer Anbindung des Landes an die Europäische Union. Die 2005 mit dem Ziel des Beitritts aufgenommenen Verhandlungen sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt.

Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen

Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muß die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.“

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 24.10.2009 [hier](#) herunterladen (PDF-Dokument).

Und nun ein Blick in den alten Koalitionsvertrag von CDU und SPD aus dem Jahre 2005, der auf Seite 129f zur Türkei-Frage folgendes aussagt:

„Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zur Türkei und an einer Anbindung des Landes an die Europäische Union. Die am 3. Oktober 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt.

Dieser stellt wirtschaftlich, demographisch und kulturell eine besondere Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die in der Türkei eingeleiteten Reformanstrengungen. Wir wollen die demokratische, rechtstaatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, mit der wir auch in der NATO eng verbunden sind, nach Kräften fördern.

Die im Verhandlungsmandat und in der Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten vom 21. September enthaltenen Bedingungen einschließlich der Aufnahmefähigkeit der EU müssen strikt eingehalten werden. Dazu gehört entsprechend den Kopenhagener Kriterien auch die Ausübung der Grundfreiheiten unter Einschluss der Religionsfreiheit.

Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muß die Türkei in

einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.“

*Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005
hier herunterladen (PDF-Dokument)*

Union und FDP haben ihre gemeinsame Position zur Türkei-Mitgliedschaft also fast wortwörtlich dem alten Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung entnommen – jedoch mit wesentlichen Auslassungen. Von notwendigen Reformanstrengungen der Türkei als Voraussetzung für eine mögliche EU-Aufnahme des kleinasiatischen Landes ist keine Rede mehr. Auch der Hinweis auf die „Kopenhagener Kriterien“, die jeder Beitrittskandidat erfüllen muß, ist abhanden gekommen. Die schreiben u.a. „eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“ vor.

Bitte hier weiterlesen...

Der Spaß dürfte die beiden Koalitionäre 3-4 Wählerstimmen kosten!